Stadtvertretung der Landeshauptstadt

Schwerin

Datum: 2013-05-14

Dezernat/ Amt: III / Amt für Ordnung
Bearbeiter/in: Frau Kaufmann
Telefon: 545 - 2411

Beschlussvorlage Drucksache Nr.

01449/2013

öffentlich

Beratung und Beschlussfassung

Dezernentenberatung
Hauptausschuss
Hauptausschuss

Betreff

Durchfahrtskontrolle Fußgängerzone Marienplatz

Beschlussvorschlag

Die Oberbürgermeisterin wird mit der Durchführung der öffentlichen Ausschreibung zur Errichtung einer stationären Überwachungsanlage zur Durchfahrtskontrolle (Kennzeichenlesesystem) im Bereich der Fußgängerzone Marienplatz beauftragt.

Begründung

1. Sachverhalt / Problem

Der Fußgängerbereich Marienplatz wurde/wird umfangreich umgebaut. Angrenzende Bereiche stehen 2013 zum Umbau an. Da im Bereich der Fußgängerzone Marienplatz in der Vergangenheit sehr häufig die verkehrsrechtlichen Anordnungen (Durchfahrtsverbot) missachtet wurden, wurden im Zusammenhang mit der Baumaßnahme das Amt für Ordnung mit der Prüfung technischer Einflussnahmemöglichkeiten zur Vermeidung der Missbräuche beauftragt. So gibt es verschiedene Varianten (z.B. Poller oder Schrankenlösungen, Blitzer) die zu einer deutlichen Reduzierung der unberechtigten Durchfahrten führen könnten.

Der Marienplatz ist als Fußgängerzone gewidmet. Zählungen vor Beginn der Baumaßnahme ergaben täglich 500 bis 600 Überfahrten. In dem Bereich gab es zuletzt 2010 4 Unfälle und 2011 8 Unfälle, die eine stärkere Überwachung der Einhaltung der Verkehrsregelungen auch aus Gründen der Verkehrssicherheit gebieten. Eine „Rund-um-die-Uhr-Überwachung“ der Fußgängerzone Marienplatz durch die Polizei (fließender Verkehr) wäre realitätsfremd.

Im Wesentlichen gibt hierzu drei Varianten, die im Folgenden kurz erläutert werden:

Variante 1 – keine Änderungen zum Altzustand

Diese Variante bietet keine deutliche Reduzierung unberechtigter Durchfahrten und hat in der Vergangenheit zu den bereits erwähnten Unfallzahlen geführt.

Zuletzt wurden über einen Zeitraum von 2 Wochen (Dezember 2012) nach dem Umbau stundenweise durch die Polizei und den Kommunalen Ordnungsdienst (KOD) bis zu 4 Stunden täglich Zählungen vorgenommen. Ziel war es u.a. festzustellen, ob bereits der Umbau des Marienplatzes zu einem verbesserten Fahrverhalten geführt hat. Überdies sollten belastbare Zahlen für eine eventuell vorzunehmende Wirtschaftlichkeitsanalyse ermittelt werden.

Im Ergebnis wurden zu unterschiedlichsten Zeiten mittels Sichtkontrollen ca. 5 – 10 unberechtigte Durchfahrten/Stunde durch die Fußgängerzone festgestellt.

Anfang Januar 2013 wurden dann über den Zeitraum von einer Woche/ 2 Std. am Tag durch die Polizei Anhaltekontrollen durchgeführt. Es wurden durchschnittlich 2 – 3 Verwarnungen/Tag ausgesprochen.

Bei den zur Prüfung der Nachhaltigkeit der Polizeikontrollen Ende Januar 2013 durchgeführten Sichtkontrollen durch den KOD, konnte keine wesentliche Besserung der Situation festgestellt werden.

Variante 2 - Hubpoller

Durch Hubpoller ist eine Einschränkung unberechtigter Durchfahrten über den Marienplatz technisch möglich. Nach bisherigen Erfahrungen mit einem weiteren Hubpoller in der Schweriner Innenstadt sind Störungen/Ausfälle eher gering, aber aufgrund zu erwartender hoher Frequentierung grundsätzlich möglich.

Die bei einem Ausfall der Hubpoller zeitweise möglichen Behinderungen des Verkehrs (auch des zulässigen), dürften eher gering sein. Die Taktfrequenz der Hubpoller dürfte bei der relativ hohen Anzahl zulässigerweise über den Marienplatz fahrenden Fahrzeuge eher hoch sein.

Auch bei Rettungseinsätzen mit mehreren Fahrzeugen (Zugverband) denkbare/befürchtete Zeitverzögerungen wurden in diesem Zusammenhang diskutiert.

Die Anschaffungskosten von Hubpollern sind nicht refinanzierbar.

Variante 3 - Kennzeichenlesesystem

Bei einer Blitzerlösung wird erst nach der Befahrung geahndet.

Um eine Durchfahrtskontrolle analog einer Pollerlösung zu gewährleisten, wären voraussichtlich an zwei Standorten stationäre Blitzer mit eingebautem Kennzeichenlesesystem aufzustellen.

Um den Eingriff in den neu umgebauten Teil des Marienplatzes zu vermeiden, wären folgende Standorte für die Messeinrichtung denkbar:

1.) Wismarsche Straße im Bereich zwischen Marienplatz und Martinstraße (voraussichtlich Höhe Postbank)

Der Blitzer würde die vom Marienplatz kommenden Fahrzeuge, die diesen Bereich passieren, erfassen können.

Dieser Bereich wird momentan umgebaut.

2.) Goethestraße (voraussichtlich im westlichen Gehwegbereich; Übergang Parken/ Gehwegverbreiterung)

Der Blitzer würde die Kennzeichen der vom Marienplatz kommenden Fahrzeuge, die diesen Bereich passieren, abgleichen.

Durch ein Kennzeichenlesesystem wird zunächst das Kennzeichen mit den zulässigerweise durchfahrenden Fahrzeugen (z.B. Nahverkehr, Feuerwehr/Polizei im Einsatz etc.) abgeglichen. Wenn das betreffende Kennzeichen nicht in der Liste (Whitelist) enthalten ist, wird die Kamera mit Blitz (Vier-Augen-Prinzip) ausgelöst – unabhängig von der gefahrenen Geschwindigkeit. Insofern ist sichergestellt, dass nur bei einem Anfangsverdacht „geblitzt“ wird.

Durch Einsatz der technischen Durchfahrtskontrolle ist eine rund-um-die-Uhr Überwachung möglich, die Anlage ist voraussichtlich kaum störanfällig.

Bisher liegt lediglich eine Interessenbekundung einer Firma vor, die eine Realisierung innerhalb eines Projektes für realistisch hält und etwaige Preisvorstellungen benannt hat. Die einmaligen Kosten liegen voraussichtlich im Bereich um 150.000 Euro.

Für Vandalismusschäden ist der Abschluss einer Versicherung (analog weitere Blitzer im Stadtgebiet) avisiert. Folgekosten wären nach bisheriger Einschätzung eher gering. Unter Berücksichtigung der bisher ermittelten unberechtigten Durchfahrten wäre eine Refinanzierung der Anschaffungskosten nach 2 – 4 Jahre absehbar.

Der vorab informierte Landesdatenschutzbeauftragte hat zunächst keine grundsätzlichen Bedenken geäußert.

Die Wirkung auf den Verkehr wird im voraussichtlichen Amortisierungszeitraum beobachtet. Gegebenenfalls ist eine Korrektur des gewählten Mittels der Überwachung vorzunehmen.

Vorsorglich wurde die „Fundamentierung“ von Pollern vorgesehen, so dass ihre Errichtung im Bedarfsfall ohne allzu großen Aufwand möglich ist.

2. Notwendigkeit

Vermeidung unberechtigter Durchfahrten durch die Fußgängerzone

3. Alternativen

Variante 1 oder Variante 2

4. Auswirkungen auf die Lebensverhältnisse von Familien

keine

5. Wirtschafts- / Arbeitsmarktrelevanz

keine

6. Darstellung der finanziellen Auswirkungen auf das Jahresergebnis / die Liquidität

Ausgaben 2013 einmalig voraussichtlich 150.000 Euro.

Einnahmen (je nach Zeitpunkt der Realisierung ggf. anteilig) grob geschätzt 30.000-60.000 Euro/ Jahr (Annahme 5-10 verwertbarer Fälle je 24 Stunden); Ziel/Tendenz stark fallend

über- bzw. außerplanmäßige Aufwendungen / Auszahlungen im Haushaltsjahr

Mehraufwendungen / Mehrauszahlungen im Produkt: ---

Die Deckung erfolgt durch Mehrerträge / Mehreinzahlungen bzw. Minderaufwendungen / Minderausgaben im Produkt: ---

Die Entscheidung berührt das Haushaltssicherungskonzept:

ja

Darstellung der Auswirkungen:

nein

Anlagen:

keine

gez. Angelika Gramkow
Oberbürgermeisterin